

Die USA und der Aufstieg neuer Mächte

Aus amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen des Jahres 2008

Anne Buechel / Henriette Rytz

Wenn im Januar 2009 der 44. Präsident der Vereinigten Staaten ins Weiße Haus einzieht, wird er ein schweres Erbe antreten. Er steht vor den Herausforderungen einer andauernden Banken- und Wirtschaftskrise, eines enormen Haushaltsdefizits, zweier Kriege im Irak und in Afghanistan und eines weltweiten Imageverlusts als Folge der umstrittenen Anti-Terror-Politik George W. Bushs. Die Zeiten der amerikanischen »Hyperpower« und des »American Empire« scheinen Vergangenheit zu sein. Nicht zuletzt, weil parallel zur Krise der Supermacht aufstrebende Staaten wie China, Indien, Russland, Brasilien, aber auch Regionalblöcke wie die EU stetig an wirtschaftlichem und politischem Einfluss hinzugewinnen und so die internationale Führungsposition der USA in Frage stellen.

Die im Folgenden besprochenen Beiträge aus amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen geben einen Einblick in die gegenwärtige Debatte um die Zukunft der amerikanischen Supermacht und den Umgang der USA mit ihren potentiellen Herausforderern. Zunächst soll die amerikanische Wahrnehmung der genannten Entwicklungen analysiert werden: Wie schätzen die USA die Machtverschiebungen im internationalen System ein? Werden sie als Bedrohung angesehen oder wird ihnen nur geringe Bedeutung beigemessen? Gehen die USA davon aus, ihre dominante Stellung im internationalen System zu behaupten, oder stellen sie sich darauf ein, ihre Macht langfristig zu teilen? Zweitens soll untersucht werden, welche Reaktionen auf die geopolitischen Prozesse in der De-

batte empfohlen werden. Drittens stellt sich insbesondere für den europäischen Leser die Frage, welche Auswirkungen die Machtverschiebungen nach Ansicht der amerikanischen Experten auf die Beziehungen zwischen Europa und den USA haben werden.

Neue Machtbalance oder fortwährende Dominanz der USA?

Die Einschätzungen der künftigen internationalen Macht der USA fallen durchaus unterschiedlich aus. Eine unangefochtene Dominanz wird ebenso unterstellt wie ein harter Wettbewerb zwischen den USA und den aufsteigenden Mächten um die Vorherrschaft im internationalen System.

Robert J. Lieber, Professor für Internationale Beziehungen an der Georgetown University, wendet sich in einem Beitrag in der Zeitschrift *World Affairs* gegen die These, die »amerikanische Ära« komme langsam, aber sicher zu einem Ende. Für ihn stehen die aktuellen Untergangsprophetieen in der Tradition jener Schwarzmalereien, wie sie sich in der amerikanischen Geschichte in Krisenphasen wiederholt manifestiert und letztlich nie bewahrheitet hätten. Die gegenwärtigen Abgesänge beruhen auf einem zwar bedeutenden, aber dennoch einzelnen Ereignis, dem Irakkrieg. Auf einen allgemeinen Trend lasse sich nicht schließen; vielmehr äußere sich in der Überbewertung dieses Ereignisses eine Ablehnung der Politik George W. Bushs und ein tiefes Missverständnis der Grundlagen, auf denen die nach wie vor robuste Machtposition der USA beruhe.

Keine aufsteigende Macht – ja nicht einmal eine Gruppe von ihnen – stelle derzeit eine ernstzunehmende Bedrohung für die Vormachtstellung der USA im internationalen System dar: Das wirtschaftliche und demographische Schwergewicht EU bleibe politisch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück und habe weder die Mittel noch den Willen zur Opposition gegen die US-Politik; Russland, dessen Aufstieg sich ausschließlich seinem Energiereichtum verdanke, sei anfällig für Veränderungen auf dem Energiemarkt und leide unter seinen gewaltigen innenpolitischen Defiziten; von Indien und Japan sei angesichts der engen Anlehnung der beiden Staaten an die USA ebenfalls keine Konkurrenz zu erwarten. Lediglich China ist für Lieber ein ernstzunehmender Konkurrent der USA. Doch auch die von der Volksrepublik ausgehende Bedrohung werde durch verschiedene Faktoren verringert, etwa durch den klaren Fokus Pekings auf die innere Entwicklung und eine im Zuge des chinesischen Aufstiegs zunehmende Amerikafreundlichkeit in zahlreichen Nachbarstaaten der Volksrepublik.

Gleichzeitig sei die Supermacht der USA ungebrochen: Die Leistungsfähigkeit und die Dynamik der US-Wirtschaft seien trotz

der aktuellen Krise konkurrenzlos; auch Indikatoren wie die Qualität der universitären Bildung und demographische Entwicklungstrends sprächen für eine fortdauernde Stärke der USA. Letztendlich würden die strukturellen Vorteile des Landes, seine Größe, sein Reichtum, seine humanen und materiellen Ressourcen, sein militärisches Potential, seine Dynamik und seine Flexibilität, den Fortbestand der amerikanischen Hegemonie sichern.

Der amerikanische Publizist **Fareed Zakaria** sieht die künftige Rolle der USA im internationalen System in einem *Foreign Affairs*-Artikel weitaus ambivalenter. Zwar teilt er die Einschätzung Liebers, dass die Dominanz der USA in vielen Bereichen fortbestehen werde – am deutlichsten im militärischen, wo die finanziellen Aufwendungen der USA nach wie vor 50 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben ausmachen; aber auch in den Bereichen Wirtschaft, universitäre Bildung oder technologischer Fortschritt sei ein Niedergang der USA nicht zu befürchten. Eine entscheidende Bedrohung der amerikanischen Vormachtstellung sieht Zakaria jedoch auf der politischen Ebene: Washington sei sich des rasanten Aufstiegs zahlreicher neuer Mächte nicht nur nicht bewusst, sondern derzeit auch kaum in der Lage, sich den neuen Entwicklungen anzupassen.

Auch wenn sich die absolute Machtposition der USA nicht signifikant verändert habe, so hätten andere Staaten doch unbestreitbar aufgeschlossen: »The rise of the rest« drücke sich besonders in Asien in imponierenden Wachstumsraten aus, zeige sich aber auch in der Globalisierung der Ressourcen Arbeit und Kapital sowie in einer zunehmenden Attraktivität von Produktions- und Investitionsstandorten außerhalb der USA.

Mit Ausnahme der militärischen Dimension verschiebe sich die internationale Machtkonstellation somit hin zu einer, so Zakaria, »post-amerikanischen Welt«, in der sich finanzieller, sozialer und kultureller Einfluss auf verschiedene Zentren und Akteure verteile. Um gegenüber diesen

zahlreichen neuen Konkurrenten bestehen zu können, müssten die USA dringend die Dysfunktionalität ihres unter dem Einfluss von Interessengruppen und politischen Ideologien erstarrten politischen Systems aufbrechen. Auch wenn die USA nach wie vor über die wirtschaftlichen und sozialen Potentiale einer globalen Führungsmacht verfügten, verstetige die Ineffizienz ihres politischen Prozesses doch auch gravierende Wettbewerbsnachteile wie ein marodes Gesundheitssystem, unnötige Staatsausgaben und unwirtschaftliche Subventionsleistungen. Daher könnten die USA ihre Führungsposition nur dann aufrecht erhalten, wenn es ihnen gelänge, die Blockade ihres politischen Systems zu beenden. Dies sei eine Voraussetzung, um das Land an die veränderten Bedingungen des globalen Wettbewerbs anzupassen.

Parag Khanna, Leiter der Global Governance Initiative des Think Tanks New America Foundation, zweifelt nicht, dass eine multipolare Ära anbrechen wird, ganz gleich wie sich die USA verhalten. In einem im *New York Times Magazine* erschienenen Artikel argumentiert er, dass die Weltordnung des 21. Jahrhunderts künftig von den drei Machtzentren USA, EU und China und ihrer Konkurrenz um geopolitischen Einfluss geprägt sein werde. Der Europäischen Union gelänge es dank ihrer politischen und wirtschaftlichen Anziehungskraft immer besser, Nachbarstaaten in ihren Einflusskreis zu ziehen. Eine ähnliche Entwicklung sei in Ostasien zu beobachten, wo China aufgrund seines wirtschaftlichen Erfolgs seine südliche und westliche Peripherie immer enger an sich binden könne. Die USA, so Khanna, gerieten dadurch zwar zunehmend in Bedrängnis, würden jedoch eines der drei großen Machtzentren bleiben.

Die Staaten der sogenannten zweiten Welt – Brasilien, Indien und Russland ebenso wie Schlüsselstaaten des Nahen Ostens, Zentralasiens oder Osteuropas – spielten eine entscheidende Rolle beim Kampf der »Big Three« um die Dominanz im internationalen System. In diesen Ländern entständen die wichtigsten neuen Absatz-

märkte, sie würden zunehmend zum Drehkreuz für den Handel mit Rohstoffen und Dienstleistungen und hätten das Potential, ihre jeweilige Region politisch maßgeblich zu beeinflussen. Diese Staaten würden künftig im gleichen Maße wie die Supermächte das internationale Machtgleichgewicht bestimmen.

In Europa und im pazifischen Raum, wo die USA einst mit Hilfe der NATO und bilateraler Partnerschaften große Autorität besessen hätten, würden sie nun von ihren ehemaligen Partnern eher gemieden. Jeder Vorstoß der EU bzw. Chinas in neue Einflusssphären schwäche die Position der USA; die Neuordnung der internationalen Machtverhältnisse bedeute unwiderruflich das Ende des amerikanischen Imperiums.

Als Reaktion empfiehlt Khanna den USA, in einem Konzert der »Großen Drei«, einer sogenannten G-3, mit China und der EU bei der Bekämpfung gemeinsamer transnationaler Gefahren zusammenzuarbeiten. Durch ständiges »balancing« könne die Herausbildung einer einzigen neuen Supermacht verhindert werden. Jegliche Versuche von Seiten der USA, sich den neuen internationalen Realitäten zu verweigern und die Fortdauer der amerikanischen Hegemonie zu erzwingen, seien dagegen zum Scheitern verurteilt. Die Herausforderung der Zukunft sei vielmehr, im wertfreien Wettbewerb der globalen Erfolgsmodelle gegenüber den Verheißungen der europäischen Integration und des chinesischen Wirtschaftswachstums zu bestehen und die eigene Einflussposition zu behaupten.

Umgang mit den neuen Mächten

Die Einschätzung Khannas, die USA dürften in ihrem eigenen Interesse den Aufstieg der neuen Mächte nicht länger unterschätzen oder gar ignorieren, teilen verschiedene Autoren. Eine nationale Debatte über den Umgang mit den neuen Mächten sei längst überfällig, so der Tenor mehrerer Publikationen. Die Machtverschiebungen im internationalen System müssten anerkannt und

konstruktive Antworten darauf gefunden werden.

Nina Hachigian vom Center for American Progress, einem Think Tank, der den Demokraten nahesteht, und **Mona Sutphen** von Stonebridge International LLC, einem insbesondere in den sogenannten BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China) tätigen internationalen Consulting-Unternehmen, plädieren in ihrem in der Zeitschrift *Washington Quarterly* erschienenen Artikel für strategische Kooperationen mit den neuen einflussreichen Mächten. Zu diesen zählen die beiden Autorinnen neben Staaten wie China, Indien und Russland auch die traditionell starke Europäische Union und Japan. Die europäischen und japanischen Partner werden in dieser Analyse somit als eigenständige Machtblöcke im internationalen System und nicht als Teil eines gemeinsamen westlichen Blocks wahrgenommen.

Der Machtzuwachs dieser Staaten(gruppe) wird von den Autorinnen als unaufhaltsam eingeschätzt. Eine Bedrohung stelle er indes nicht dar, teilten die neuen Mächte doch die gleichen Risiken wie die USA. Als größte Bedrohung identifizieren die Autorinnen Terrorismus und die Verbreitung von Krankheitserregern, dahinter folgen die globale Erderwärmung und die Proliferation von Nuklearwaffen. Darüber hinaus korreliere die Größe eines Staates nicht mehr unbedingt mit seiner militärischen Stärke.

Die USA sollten daher nicht mit einem Machtwettbewerb, sondern mit Kooperationsangeboten reagieren. Kooperation bietet sich nicht nur aufgrund der genannten gemeinsamen Herausforderungen an, sondern sei angesichts der neuen internationalen Kräfteverhältnisse sogar erforderlich. Die USA würden ihre Dominanz im internationalen System zwar bewahren, jedoch reiche diese nicht mehr aus, die Erfüllung des obersten nationalen Interesses – Wohlstand und Sicherheit im eigenen Lande – ausreichend zu gewährleisten.

Nicht alle »pivotal powers«, wie Hachigian und Sutphen die neuen Mächte in Anlehnung an einen von Robert Chase und

anderen herausgegebenen Sammelband aus dem Jahr 1999 bezeichnen, werden zu allen Zeiten zu einer Kooperation mit den USA bereit sein, doch zeigten sie insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung eine hohe Motivation zur Zusammenarbeit. Als geeignete Form der Kooperation schlugen die Autorinnen eine strategische Kollaboration in Bereichen von zentralem gemeinsamem Interesse vor. Dabei sollten individuell zugeschnittene bilaterale Ansätze durch einen übergeordneten strategischen Handlungsrahmen ergänzt werden. Im Gegenzug für das Kooperationsangebot der USA und die damit verbundene Anerkennung müssten die Partnermächte mehr Verantwortungsbereitschaft zeigen. Die Schaffung eines Forums für eine derartige Kooperation zwischen den USA und den neuen Mächten müsse weit oben auf der außenpolitischen Prioritätenliste des neuen US-Präsidenten stehen. Das Ideal sei ein informeller Zusammenschluss, ein *Core-6-Gremium* (C6), in dem jede wichtige Macht (die USA, EU, Japan, China, Indien, Russland) jeweils einen Sitz hätte. Da es jedoch vermutlich nicht einfach sei, ein solches Forum ins Leben zu rufen, böte sich als Alternative an, die Zusammenarbeit im Rahmen der G8+5-Gruppe auszubauen.

Die USA profitierten von dem Legitimitätsgewinn, der aus einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit erwachsen würde. Gleichzeitig würden die entsprechenden internationalen Institutionen durch die Beteiligung der USA in ihren Einflussmöglichkeiten gestärkt werden. Im Gegensatz zum Mächtewettbewerb biete die Mächtekooperation generell die Chance, den weltweiten Einfluss der USA zu fördern und den der neuen Mächte einzudämmen. Insgesamt würden die Gewinne, die mit der Kooperation erzielt würden, die gleichzeitigen Souveränitätseinbußen und Einschränkungen der Handlungsfreiheit aufwiegen.

Um für den Fall gewappnet zu sein, dass eine neue Macht doch aggressives Potential gegenüber den USA entwickeln sollte, schlagen die zwei Autorinnen eine Strategie des

»selective hedging«, der »gezielten Absicherung«, vor. Dazu gehörten das Sammeln geheimdienstlicher Informationen zu den aufsteigenden Staaten, der Aufbau von Beziehungen zu ihnen, die engmaschiger sind als ihre Beziehungen untereinander, und eine Verbesserung der Einsatzfähigkeit des Militärs.

Im Gegensatz zu Hachigian und Sutphen zählen **G. John Ikenberry** und **Thomas Wright** von der Princeton University Europa und Japan nicht zu den aufsteigenden Mächten. In ihrem Bericht »Rising Powers and Global Institutions«, den sie für die *Century Foundation* verfasst haben, gehen sie vielmehr von einem dialektischen Verhältnis aus zwischen einem aus den USA, Europa und Japan bestehenden Westen und den BRIC-Staaten als aufstrebenden Mächten, mit China und Indien an der Spitze. Der Aufstieg dieser neuen Mächte habe sowohl positive als auch negative Effekte; ignoriert werden dürfe er jedoch auf keinen Fall.

Bereits heute verfügten die BRIC-Staaten über eine derart starke Wirtschaftsmacht, dass sich weitreichende Veränderungen der Macht- und Governance-Strukturen im internationalen System abzeichneten. Während in der Vergangenheit Bewegungen im geopolitischen Mächtegleichgewicht häufig mit kriegerischen Auseinandersetzungen verbunden waren, schätzen die Autoren das heutige internationale System als viel stärker institutionalisiert und damit deutlich robuster ein. Im historischen Vergleich erweise es sich gleichzeitig auch als offener für die Aufnahme von Neumitgliedern. Weitere Faktoren für den friedlichen Verlauf der Systemveränderungen stellten die wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Interdependenz sowie die Möglichkeiten zum Beitritt und zur Mitsprache dar, die die derzeitigen internationalen Institutionen den aufstrebenden Mächten böten. Zu diesen Schutzmechanismen zählten beispielsweise das WTO-Prinzip der Nichtdiskriminierung, flexible Hierarchien, die den Aufstieg innerhalb einer Institution erlauben, sowie ein Interesse der Institutionen, die neuen Mächte zu integrieren.

Eine grundlegende Neuordnung des internationalen Systems, bei der die neuen Mächte die alten verdrängen, sei also nicht zu erwarten. Die traditionellen Institutionen würden bestehen bleiben, doch werde die multilaterale Zusammenarbeit künftig verstärkt im Rahmen informeller Lenkungs-gremien wie den G8 oder G20 und regionaler Organisationen stattfinden. Letztere profitierten insbesondere davon, dass die existierenden Kooperationsformen in erster Linie auf die Bedürfnisse der westlichen Mitgliedstaaten zugeschnitten sind.

Die bestehenden internationalen Institutionen sollten durch individuelle Reformen den neuen Machtverhältnissen angepasst werden, was jedoch nicht ohne Spannungen ablaufen werde. Es stelle sich auch die Frage, inwiefern die Reformen die jeweilige institutionelle Handlungsfähigkeit einschränken würden. Dem könnte allerdings mit unterschiedlichen Kooperationsstufen und Integrationsgeschwindigkeiten begegnet werden, die eine Wahl zwischen enger und loser Zusammenarbeit ermöglichen. Den Interessen der aufsteigenden Mächte könnte außerdem in informellen Foren besseres Gehör verschafft werden.

Schließlich konstatieren die Autoren, dass die größte Gefahr für den Fortbestand des derzeitigen Systems internationaler Governance nicht von den neuen, sondern vielmehr von den alten Mächten ausgehe. Sollten diese sich von dem derzeitigen System abwenden – wie dies die USA mit ihrer Tendenz zum Unilateralismus in den vergangenen zehn Jahren getan haben – drohe der Kollaps der internationalen Governance-Architektur.

Was kommt auf Europa zu?

Angesichts der steigenden Bedeutung der neuen Mächte für die Außenpolitik Washingtons stellt sich die Frage, wie ihr Aufstieg das Verhältnis der USA zu ihrem traditionellen Partner Europa beeinflussen wird. Die Einschätzungen klaffen hier weit auseinander: Von einem Niedergang der

transatlantischen Partnerschaft ist ebenso die Rede wie von neuen Impulsen für das Verhältnis der zwei Regionalblöcke.

Ivan Eland, Senior Fellow und Direktor des Center for Peace and Liberty am Independent Institute, beklagt in einem Artikel in der konservativen Zeitschrift *The National Interest*, dass sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei zu einer interventionistischen Außenpolitik tendierten, und fordert eine Politik der militärischen Zurückhaltung. Die neuen Mächte – zu ihnen zählt der Autor China, Indien und Russland – stellen derzeit keine Bedrohung dar, da sie noch Jahre bräuchten, um die USA militärisch herausfordern zu können. Sollten China und Russland aber doch aggressives Verhalten an den Tag legen, gar in Form einer gemeinsamen eurasischen Entente, sollte die Verteidigung des westlichen Blocks den wohlhabenden Partnern in Europa und Ostasien überlassen werden, sprich der Europäischen Union sowie Japan, Südkorea, Taiwan und Australien. Die USA sollten lediglich als »balancer of last resort« agieren, also nur dann eingreifen, wenn eine Hegemonialmacht drohe, in Europa oder Ostasien tatsächlich die Macht zu übernehmen. Andere Regionen sollten von Washington grundsätzlich als nicht von strategischem Interesse betrachtet werden. Die angebliche Ölabhängigkeit der USA vom Nahen Osten zum Beispiel werde durch die Regeln des Marktes aufgehoben und stelle somit keinen Grund für ein fortwährendes amerikanisches Engagement in der Region dar. Die internationale militärische Präsenz der USA müsse allgemein verringert und Al Qaida durch gezielte und verdeckt ausgeführte Einzelaktionen bekämpft werden.

Eland begründet sein Plädoyer für eine Politik der militärischen Zurückhaltung mit den kontraproduktiven Folgen und den hohen Kosten der aktuellen Politik des Interventionismus, die sich im offensiv geführten *Global War on Terror* und aktiver Demokratieförderung manifestiere. Das militärische Potential der USA sei überdehnt, die steigenden Ausgaben für Aus-

landseinsätze mit wachsenden Belastungen für den innenpolitischen Haushalt verbunden (was dem amerikanischen Streben nach einer Begrenzung der Staatsausgaben widerspreche), die Bürgerrechte seien eingeschränkt und das System von »checks and balances«, das ein Gleichgewicht der Machtverteilung zwischen den einzelnen Gewalten sicherstellen soll, in Gefahr geraten. Die ökonomische Macht der USA könne diese Schwächen nicht kompensieren – aus wirtschaftlicher Perspektive seien die Vereinigten Staaten im internationalen Vergleich lediglich ein *Primus inter Pares*.

Eland fordert nicht nur neue politische Strategien, sondern auch einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik hin zu mehr Pragmatismus und Zurückhaltung. Die nationale Sicherheit dürfe nicht länger als Deckmantel dienen, mit dessen Hilfe einzelne Ministerien und andere Akteure ihre Spezialinteressen durchzusetzen suchten.

In einem Artikel im neokonservativen *Weekly Standard* hingegen schreibt **Robert Kagan** der Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse durchaus positive Auswirkungen für das transatlantische Verhältnis zu. Der Aufstieg neuer Mächte (sowie des islamischen Extremismus) habe zwar die derzeitige internationale Ordnung geschwächt und zu wachsenden Spannungen zwischen Autokratien und liberalen Demokratien geführt. Diese Entwicklungen hätten jedoch zur Folge, dass sich die großen Demokratien den USA wieder graduell annäherten. Mit der aktuellen Georgienkrise werde sich der Wunsch der Europäer nach einer intensiveren Zusammenarbeit mit den USA weiter verstärken. Aufgabe der USA sei es nun, eine konzertierte Aktion der demokratischen Staaten zu initiieren. Diese müssten eine Solidargemeinschaft bilden, die Demokratisierungsprozesse weltweit, aber insbesondere in den aufsteigenden Autokratien Russland und China, unterstützt. Darüber hinaus müsse die Gemeinschaft die Nachbarstaaten Russlands und Chinas vor hegemonialen Ambitionen der beiden Mächte beschützen.

Christopher Layne vom Independent Institute wiederum sieht in einem in der Zeitschrift *International Politics* erschienenen Artikel in Europa keinen Partner, sondern eine aufstrebende und damit konkurrierende Macht. Seine Prognose zum künftigen transatlantischen Verhältnis fällt dementsprechend düster aus: Mit dem Zugewinn an eigener Stärke würden in Europa auch die Widerstände gegen den amerikanischen Einfluss auf dem Kontinent stetig anwachsen, was letztlich zum Ende der transatlantischen Partnerschaft und der NATO-Allianz führen werde.

Der Ursprung der Spannungen gehe auf die außenpolitische Strategie zurück, die die USA während des Kalten Krieges verfolgt hätten und die neben einer globalen Führungsrolle Amerikas auch immer eine dominante Position auf dem europäischen Kontinent zum Ziel gehabt habe. Als Instrument zur Durchsetzung des letzteren Ziels habe die NATO gedient und tue dies auch weiterhin. Dies erkläre nicht zuletzt, warum das Bündnis auch über das Verschwinden seiner eigentlichen *raison d'être* – der Verteidigung gegen den gemeinsamen Systemfeind Sowjetunion – hinaus Bestand haben konnte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hätten sich jedoch die Bestrebungen der Europäer verstärkt, sich in der Außen- und Sicherheitspolitik als eigenständiger Akteur zu etablieren. Dies habe unweigerlich mit den amerikanischen Interessen in Europa kollidieren müssen: Besonders in der Gestaltung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hätten die USA eine direkte Konkurrenz zur NATO erkannt, weshalb sie sich inzwischen mehr und mehr dazu veranlasst sähen, die politischen Ambitionen der EU zu hintertreiben und sicherzustellen, dass deren militärische Kapazitäten durch das gemeinsame Verteidigungsbündnis absorbiert würden. Dies habe bei den Europäern jedoch zu Gegenreaktionen geführt und ihre Neigung zur Loslösung von den USA noch verstärkt.

Die entscheidende Frage, die sich den USA in den kommenden Jahren stelle, sei

nun, ob man die EU am Aufstieg zu einem eigenständigen Machtzentrum der internationalen Politik hindern oder aber eine politisch und militärisch unabhängig handelnde Europäische Union akzeptieren solle. Dass die USA und die EU weiter auseinanderdriften und die NATO mit dem Zugewinn an militärischen Kapazitäten und sicherheitspolitischer Autonomie der EU an Bedeutung verliere, sei unvermeidlich.

Sollten die USA zur Aufrechterhaltung ihrer dominanten Stellung innerhalb Europas jedoch auch weiterhin die NATO benutzen, liefen sie Gefahr, die Auflösung der Allianz nur zu beschleunigen und auf beiden Seiten des Atlantiks Misstrauen und Ressentiments zu schüren. Für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Europa müssten die USA hingegen ihre hegemonialen Ansprüche in Europa aufgeben und die EU als gleichwertigen Partner anerkennen.

Inwieweit Washington hierzu jedoch bereit sei, inwieweit es den Übergang von der unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung einfach hinnehmen werde, dies sei, so Layne, allerdings noch völlig offen.

Der Überblick über die hier besprochenen Texte hat gezeigt, dass sich die Einschätzungen der einzelnen Beobachter sehr unterscheiden, was die Auswirkungen einer internationalen Machtverschiebung auf die USA betrifft. Die dem linksliberalen Spektrum zuzuordnenden Autoren betrachten den Aufstieg neuer Mächte tendenziell als eine Entwicklung, die von Washington ernstgenommen werden sollte, während das konservative Lager die Machtposition der USA im internationalen System als stabiler bewertet. Nichtsdestotrotz stehen die Überlegungen zum Umgang mit den neuen Mächten noch am Anfang – mehrere Autoren werfen den (außen)politischen Entscheidungsträgern mangelnde Aufmerksamkeit für das Thema vor, konkrete Handlungsempfehlungen gibt es kaum. Angesichts der in der Debatte laut gewordenen Forderungen und der geopolitischen Realitäten ist jedoch zu erwarten, dass der nächste US-Präsident nicht umhinkommen

wird, diesem Thema in Zukunft deutlich mehr Beachtung zu schenken.

Besprochene Aufsätze

Eland, Ivan, »Homeward Bound?«, in: *The National Interest*, (Juli–August 2008) 96, S. 73–79, <www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=18754>

Hachigian, Nina/Sutphen, Mona, »Strategic Collaboration: How the United States Can Thrive as Other Powers Rise«, in: *The Washington Quarterly*, 31 (Herbst 2008) 4, S. 43–57, <www.mitpressjournals.org/doi/pdf/10.1162/wash.2008.31.4.43>

Ikenberry, G. John/Wright, Thomas, *Rising Powers and Global Institutions*, New York: The Century Foundation, 2. Juni 2008, <www.tcf.org/publications/internationalaffairs/ikenberry.pdf>

Kagan, Robert, »History's Back. Ambitious Autocracies, Hesitant Democracies«, in: *The Weekly Standard*, 13 (25.8.2008) 46

Khanna, Parag, »Waving Goodbye to Hegemony«, in: *The New York Times Magazine*, 27.1.2008, <www.newamerica.net/publications/articles/2008/waving_goodbye_hegemony_6604>

Layne, Christopher, »It's Over, Over There: The Coming Crack-up in Transatlantic Relations«, in: *International Politics*, 45 (Mai 2008) 3, S. 325–347, <www.palgrave-journals.com/ip/journal/v45/n3/pdf/ip20086a.pdf>

Lieber, Robert J., »Falling Upwards: Declinism, The Box Set«, in: *World Affairs*, Sommer 2008, <www.worldaffairsjournal.org/2008%20-%20Summer/full-Lieber.html>

Zakaria, Fareed, »The Future of American Power: How America Can Survive the Rise of the Rest«, in: *Foreign Affairs*, 87 (Mai–Juni 2008) 3, S. 18–43, <www.foreignaffairs.org/20080501facomment87303/fareed-zakaria/the-future-of-american-power.html>

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380